

Der «Blick» hat in der «Zuger Sexaffäre» den Berufskodex verletzt, sagt der Presserat **SEITE 14**

Die Träger der Volksinitiative «grüne Wirtschaft» haben ihre Ziele sehr hoch angesetzt **SEITE 15**

Die Vermessung der Bildung

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht wird mit wissenschaftlichen Studien Stimmung gemacht

Sollen in der Primarschule weiterhin zwei Fremdsprachen unterrichtet werden? Der Sprachenstreit ist auch ein Streit um Forschungsergebnisse.

MARC TRIBELHORN

Einmal mehr wird hierzulande über die «richtige» Form des Fremdsprachenunterrichts gestritten, und zwar erbitert. «Frühenglisch» und «Frühfranzösisch» sind die Reizwörter. Werden unsere Kinder überfordert, wenn sie bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen lernen müssen? Und garantiert die bildungspolitische Losung «Je früher, desto besser» überhaupt einen höheren Lernerfolg? Gleich in mehreren Kantonen fordern nun Kritiker, dass die zweite Fremdsprache nicht mehr ab der 5. Klasse, sondern erst in der Oberstufe unterrichtet werden soll. Entsprechende Volksabstimmungen sind angekündigt; der Sprachenkompromiss, den die kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) 2004 mühsam ausgehandelt haben, ist in Gefahr. Damals einigte man sich darauf, in der Ostschweiz Englisch als erste Fremdsprache zu akzeptieren, erklärte aber den Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule für zwingend. Davon will der Kanton Thurgau schon jetzt nichts mehr wissen. Der Lehrplan, der im Frühling in die Vernehmlassung geschickt wurde, sieht keinen Französischunterricht in der Primarschule mehr vor.

Erbooster Berset

Innenminister Alain Berset zeigte sich denn auch besorgt über diese Entwicklung und drohte im Sinne der «cohésion nationale» mit einer bundesrätlichen Intervention. Zum Ärger der EDK: Eine Einmischung des Bundes in die Sprachenfrage berge «erhebliche Risiken», heisst es in einem am Dienstag publik gewordenen Brief an Berset. Die EDK halte an ihrer Strategie von zwei Fremdsprachen in der Primarschule fest und plädiere für «Sachlichkeit und Gelassenheit». Die nötige Legitimation für ihre Politik schöpft sie nicht zuletzt aus «evidenzbasierter» Forschung: Die hehre Wissenschaft soll zeigen, ob die Bildungspolitik auf dem richtigen Weg ist.

Bund und Kantone gaben deshalb 2014 an der Universität Århus in Däne-



Die Erwachsenen streiten, die Kinder lernen: Französischunterricht an einer Zürcher Primarschule.

GAETAN BALLY / KEYSTONE

mark eine unabhängige systematische Übersichtsarbeit zum Fremdsprachenlernen in Auftrag. Internationale Experten werteten in der Folge über 7000 Publikationen aus, die für die Schweizer Fragestellungen relevant sein könnten, und kamen Ende letzten Jahres zum Schluss: Das Erlernen einer Fremdsprache begünstigt das Erlernen weiterer Fremdsprachen, und das Erlernen mehrerer Sprachen überfordert die Schüler nicht. Hingegen belegen einige Studien, die den zeitgleichen frühen Unterricht mehrerer Fremdsprachen mit einem zeitversetzten späteren verglichen, einen schnelleren Lernfortschritt älterer Schüler beim Erlernen der zweiten Fremdsprache.

Bedeutet die letzte Erkenntnis, dass es vorteilhaft wäre, wenn die zweite Fremdsprache erst in der Oberstufe gelernt würde? «Keineswegs», meint Stefan Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung: Der Befund lasse sich mit dem höheren und sprachspezifischen

Wissensstand älterer Schüler erklären. «Das Review zeigt, dass es derzeit keinerlei Forschungsevidenz gibt, die eine Veränderung des Schweizer Modells nahelegen würde.»

Frühenglisch bringt nichts?

Doch auch die Kritiker der heutigen Praxis stützen sich auf Forschungsergebnisse. Seit Monaten machen sie Stimmung mit einer Studie der Zürcher Linguistin Simone Pfenninger, die auch in den Medien mächtig Widerhall fand: Zwischen 2008 und 2015 untersuchte sie die Englischkenntnisse von 500 Schülern zu Beginn und am Ende ihrer Gymnasialzeit. Die einen hatten schon in der Primarschule Englisch, die anderen erst in der Oberstufe. Resultat: Schon nach sechs Monaten Gymnasium hätten die meisten Frühlerner ihren Vorsprung eingebüsst, bei der Matur liessen sich sogar kaum mehr Unterschiede feststellen. Pfenningers Fazit: «Einen Langzeiteffekt von Frühenglisch gibt es nicht.» Das

Schweizer Fernsehen verkürzte: «Frühenglisch bringt nichts», und die Gegner des Frühfremdsprachenunterrichts übertrugen Pfenningers Aussagen sogleich auf das ungeliebte Frühfranzösisch, was die Linguistin notabene als unzulässig bezeichnet. Die EDK musste sich zudem den Vorwurf anhören, sie ignoriere die Resultate aus politischen Gründen.

Das lässt Stefan Wolter nicht gelten. Diejenigen Aufsätze Pfenningers, welche die Experten aus Århus geprüft hätten, seien als qualitativ ungenügend eingestuft und deshalb nicht berücksichtigt worden. Hingegen seien Studien von Schweizer Forschern in das Review eingeflossen, die aber zu anderen Ergebnissen als Pfenninger kämen. «Es geht zudem nicht nur um die Frage von frühem oder spätem Spracherwerb, sondern immer auch um die Qualität des Unterrichts.» Diese Meinung teilt auch Simone Pfenninger, welche die Kritik an ihrer Arbeit scharf zurückweist. «Wir brauchen endlich eine sachliche und keine ideologische Debatte über das Thema.»

Der Schmutzgeier landet in der Französischstunde

Das Lehrmittel «Mille Feuilles» stösst auf Kritik

Statt Vokabeln und Grammatik zu büffeln, sollen Schülerinnen und Schüler Französisch lernen wie einst ihre Muttersprache. Ob das funktioniert, ist umstritten.

dgy. · «Percnoptère» – so heisst die Vokabel, in der das Entsetzen über das Französischlehrmittel «Mille Feuilles» kulminiert. «Le Percnoptère» heisst auf Deutsch «der Schmutzgeier» und gehört zu den Wörtern, die Primarschüler in ihrem ersten Französisch-Schuljahr lernen. Selbst vielen Französischsprachigen ist der Begriff nicht geläufig, denn vom Tier leben in Europa nur ein paar tausend Exemplare. Weshalb, fragen sich viele Eltern, lernen Kinder im Frühfranzösisch Fachbegriffe, sind aber nicht in der Lage, eine Pizza zu bestellen oder Verben zu konjugieren.

Sechs Kantone, in denen Französisch die erste Fremdsprache ist, setzen «Mille Feuilles» seit 2011 als Lehrmittel ein. Französisch-Lehrbücher sind sehr selten sehr beliebt, doch bei «Mille Feuilles» setzte die Kritik rasch ein und ist noch nicht verstummt. Das Lehrmittel ist Teil des Fremdsprachenkonzeptes «Passepartout», auf das sich die sechs Kantone entlang der Sprachgrenze geeinigt haben.

Kritisch äussern sich nicht nur Schüler und Eltern, sondern auch Lehrpersonen. In verschiedenen Kantonen ist der Streit in Form von politischen Vorstössen in den Parlamenten gelandet. Das Lehrmittel überfordere die Kinder und sei für einen Französischunterricht mit bloss drei Wochenstunden ungeeignet. Als Folge davon blieben die Französischkenntnisse der Kinder ungenügend. Es fehlten wichtige Grundlagen, beispielsweise in der Grammatik.

Lehrmittel wie «Mille Feuilles», das darauf aufbauende «Clin d'œil» oder im Englischunterricht «New World» basieren auf einem neuen didaktischen Ansatz, der sich stark von jenem unterscheidet, mit dem die heutige Lehr- und Elterngeneration vertraut ist. Schülerinnen und Schüler sollen die Sprache auf natürliche Weise erlernen – ähnlich wie einst die Muttersprache.

Sie sollen deshalb nicht in erster Linie Vokabeln und Grammatik büffeln, sondern die neue Sprache möglichst oft hören und selbstverständlich benutzen. Eine Informationsbroschüre zu «Mille Feuilles» spricht in diesem Zusammenhang von einem «Sprachbad». Irritierend wirkt für viele Eltern, dass eine anfänglich fehlerhafte Anwendung der Sprache zum didaktischen Konzept gehört: Fehler seien ein Hinweis darauf, dass die neue Sprache mutig angewendet werde, und dürften deshalb nicht

systematisch korrigiert werden, heisst es. Nun haben die Kantone auf die Kritik reagiert. Zwar wird das umstrittene Lehrmittel beibehalten, wie die Bildungsdirektoren der sechs involvierten Kantone letzte Woche mitteilten. «Mille Feuilles» und «Clin d'œil» sollen aber nachgebessert werden.

So soll künftig insbesondere dem Aufbau des Vokabulars und systematischer Grammatikkenntnisse mehr Gewicht beigemessen werden. In einer Evaluationsstudie soll das Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg prüfen, ob die Lernziele mit dem Lehrmittel erreicht werden. Die Diskussion über «Mille Feuilles» dürfte damit aber nicht abgeschlossen sein: Im Kanton Basel-Landschaft entscheidet möglicherweise gar das Volk, denn dort hat die reformkritische Bewegung «Starke Schule» zwei Initiativen zum Ausstieg aus «Passepartout» eingereicht.

Axpo startet Projekt für Beznau-Rückbau

Obwohl Beznau I und II bis 2030 laufen sollen, lanciert die Axpo ein Projekt für die Stilllegung dieser AKW. Per Inserat sucht sie Fachleute, die das Ende planen. Sie will sich so auf alle wirtschaftlichen und politischen Szenarien vorbereiten.

HELMUT STALDER

Die Axpo tut nach eigenen Angaben derzeit alles, um ihre Atomkraftwerke in Beznau weiterzubetreiben. Bis Ende Jahr will sie den Integritätsschein für Beznau I erbringen, wo im Stahl des Reaktordruckbehälters Anomalien festgestellt worden waren. Bis Ende 2018 muss sie zudem nachweisen, dass ihre Anlagen erdbebensicher sind. Die Axpo will Beznau I und II bis gegen 2030 am Netz lassen und ist sicher, dass sie die Bedingungen erfüllen wird. Und nun die Überraschung: Zeitgleich startet sie ein Projekt, um die Stilllegung und den Abbruch der beiden Werke vorzubereiten.

Die Axpo hat am Dienstag Inserate für die Besetzung der Schlüsselpositionen in dem Rückbau-Projekt veröffentlicht. Gesucht sind intern und extern gut ein halbes Dutzend Spezialisten in den Bereichen Projektmanagement, Stilllegungsverfahren, Kommerzielles, Rückbau- und Nachbetriebsplanung. Ein Experte soll beispielsweise an der Stilllegungs- und Entsorgungsstrategie arbeiten, Grundlagen für ein späteres Stilllegungsgesuch erstellen, einen Terminplan skizzieren und Optionen für die Ausserbetriebnahme nach technischen, organisatorischen und finanziellen Kriterien bewerten.

Raum für Spekulationen

Der Projektstart für den Rückbau der Werke in Beznau kommt in einer angespannten Phase. Beznau I steht seit März 2015 still, weil weitere Sicherheitsabklärungen laufen. Die Axpo will bis Ende Jahr den Nachweis erbringen, dass Einschlüsse im Stahl den Reaktordruckbehälter nicht zusätzlich zur normalen Alterung schwächen. Greenpeace fordert derweil, das älteste AKW der Schweiz dürfe nie wieder ans Netz. Im Herbst steht überdies die Abstimmung über die Ausstiegsinitiative an, welche die Laufzeit aller AKW auf 45 Jahre begrenzen und damit das Aus für Beznau I und II schon 2017 bedeuten würde. Dass die Axpo in dieser Phase ihr Rückbau-Projekt startet, könnte Spekulationen anheizen, sie strebe selbst einen vorzeitigen Ausstieg an. Schliesslich sind die AKW wirtschaftlich unter Druck, teure Nachrüstungen würden vermieden, und bei einem politisch erzwungenen Aus könnte gar Schadenersatz fällig werden.

Auf alles vorbereitet sein

Die Axpo tritt solchen Interpretationen entgegen. «Die bei Block I laufenden Untersuchungen sind nicht der Grund für den Start des Projekts», sagt Axpo-Sprecher Antonio Somavilla. Eine vorzeitige Stilllegung könne aber jederzeit aus technischen, wirtschaftlichen, politischen oder regulatorischen Gründen erfolgen. «Mit dem Projekt bereiten wir uns auf diese Eventualitäten vor, reduzieren die unternehmerischen Risiken einer ungeplanten Ausserbetriebnahme und gewinnen wertvolle Erkenntnisse für die Planung der Stilllegung des Werkes ab dem Jahr 2030.» Ein solcher Prozess sei aufwendig – betrieblich, technisch, logistisch, organisatorisch, rechtlich –, so dass man frühzeitig auf erfahrene Spezialisten angewiesen sei.